

Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

Oktober 1974

Evangelische Verantwortung

Heft 10/1974

In Erinnerung an Hermann Ehlers

Kai-Uwe von Hassel

„Evangelische Verantwortung“ lautet bezeichnenderweise der Titel dieser Zeitschrift, die im März 1953 mit einem Geleitwort von Hermann Ehlers das erste Mal erschien. „Evangelische Verantwortung“ – das bezeichnet gleichsam Motiv und Programm dieses Mannes.

Wir gedenken in diesen Tagen des 70. Geburtstages (✱ 1. Oktober 1904) und des 20. Todestages († 29. Oktober 1954) von Hermann Ehlers, dem Begründer des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU und dem charismatischen Verfechter tätiger evangelischer Verantwortung.

Der Autor unseres Beitrages, Bundestagsvizepräsident Kai-Uwe von Hassel, ist nicht nur stellvertretender Vorsitzender des EAK, sondern auch Vorsitzender der Hermann-Ehlers-Stiftung für staatsbürgerliche Bildung und Begabtenförderung.

Es war Mitte Oktober 1954. Am offenen Grabe des verstorbenen schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Friedrich-Wilhelm Lübke vor der 750jährigen Feldsteinkirche zu Oeversee rief Hermann Ehlers uns auf, ein Vaterunser für den zu sprechen, der als nächster aus unserer Runde zu Grabe getragen würde. Er – Hermann Ehlers – war der nächste; 14 Tage später war er tot. Das ist 20 Jahre her.

Er war gerade 50, als er starb. Die Nachrufe auf diesen Mann zeigten die ganze Erschrockenheit darüber, daß nun plötzlich eine der ganz seltenen überragenden Persönlichkeiten, deren unser neues Deutschland so dringend bedurfte, nicht mehr unter uns war. Das Wort „unersetzlich“ wird in einem solchen Augenblick zumeist gebraucht, vielleicht aber ist es oft

hohle Phrase. Hier traf es zu. Hermann Ehlers, der Präsident des Deutschen Bundestages, hinterließ eine klaffende Lücke. Der damalige Bundespräsident Theodor Heuss sagte:

„Wir trauern vor diesem Toten um ein Stück deutscher Zukunft. Dieser Tod raubt dem deutschen Volk schlechthin einen Mann, der entschlossen und zugleich auch berufen war, seinen Namen noch tiefer in die Geschichte der kom-

Aus dem Inhalt

In Erinnerung an Hermann Ehlers	1
EAK Bundestagung '74	3
Demokratie zwischen Utopie und Realismus	4
Hans-Günther Assel	
Aus den Tagungsprogrammen der Akademien	6
Zur Arbeit der Juso-Hochschulgruppen	7
Gerd Langguth	
Grundsatzfragen im Evangelischen Arbeitskreis	8
Horst Quarz	
Der Mitmenschlichkeit eine faire Chance	10
Helmut Kohl	
Aus unserer Arbeit	11
Dr. Alfred Gramsch zum 80. Geburtstag	12

menden Jahrzehnte einzugraben.“ Am 1. Oktober 1974 wäre Hermann Ehlers 70 Jahre alt geworden. Nicht nur der Respekt vor diesem Mann veranlaßt uns, seines Geburtstages und seines Todestages am 29. Oktober zu gedenken. Ich glaube, daß wir auch heute noch,

Neue Rufnummer:

Sie erreichen die Bundesgeschäftsstelle des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU sowie die Redaktion der Evangelischen Verantwortung unter der neuen Telefonnummer: (0 22 21) 54 43 06.

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle hat die neue Rufnummer: (0 22 21) 5 44-1.

wie er sich ohne jedes Atemholen an die Arbeit machte, in der Kirche in Oldenburg, aber auch genauso in der Politik.

Dieser bewußte Protestant bemühte sich, von der ersten Stunde an seine Glaubensbrüder für die politische Mitarbeit zu gewinnen, genauso aber auch, die Angehörigen beider großer Konfessionen in einer politischen Partei zusammenzuführen.

Die evangelische Seite war dabei zunächst zurückhaltend. Sie sah, wie sich die CDU sehr schnell um die alten Kerne des Zentrums gruppierte, wie katholische Christen in der Union Hand anlegten. Sie hatten lange politische Erfahrungen, sie hatten sich seit zwei Generationen politisch betätigen, — sich selbst durchsetzen müssen. Ihnen nahm kein „*summus episcopus*“ die politische Verantwortung ab. Sie hatten außerdem aus dem Verbandskatholizismus gelernt. Diese Erfahrungen, ihre Tradition führten zu ihrem schnellen, starken politischen Engagement.

Vor dieser Situation hatte es die evangelische Seite schwer. Die Zahl derer war zunächst begrenzt, die aus der Erfahrung der Hitlerdiktatur und ihrer Konzentrationslager zu der Überzeugung gelangt waren, daß ohne ein Zusammengehen der Angehörigen beider Konfessionen in einer Partei ein freiheitlich-demokratischer sozialer Rechtsstaat, in dem der Christ seinen Glauben wieder in Freiheit zu praktizieren vermag, nicht aufgebaut werden könnte. Sie stießen in ihrer Bereitschaft zur Mitarbeit vielfach auf starke katholische Gruppen. Die Bedenken waren also groß, ob sie als evangelische Christen unter dieser Konstellation wirksam mitgestalten könnten.

Hier hat Ehlers — mit einer Reihe guter Freunde — das große Verdienst, den Evangelischen Mut gemacht und die katholischen Freunde zu Zusammenarbeit geführt zu haben. Er ist dieserhalb in manchem evangelischen Kreis zunächst nicht verstanden worden. Sehr bald hat sich sein Wirken aber durchgesetzt. Er hat damit erst den Durchbruch zum vollen einschränkungslosen Zusammengehen der Christen bewirkt, ohne das es keinen Kanzler Adenauer, keine überzeugende Bundestagswahl 1953 als entscheidenden Auftakt für die Epoche unserer politischen Stabilität über

die ersten zwei Nachkriegsjahrzehnte gegeben hätte.

Aus seinen Erfahrungen, seinen Erkenntnissen heraus hat er 1952 mit dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU ein Organ geschaffen, mit dem man einerseits die Vorbehalte der evangelischen Seite gegen die Union abbaute, andererseits bis auf den heutigen Tag hinein ein Forum hat, über das mancher Gedanke aus evangelischer Sicht in die Politik der Union Eingang findet.

Hermann Ehlers hat vom ersten Augenblick an, da man wieder reden durfte, unermüdlich klar zu machen versucht, daß Politik über Sein oder Nichtsein unseres Volkes entscheidet, ob wir in Zukunft in Freiheit und Sicherheit oder im Kollektiv leben werden. Er hat immer wieder dargestellt, daß Politik keine Sache ist, die am Katheder gemacht wird, bei der es reicht, wenn man sich als Zuschauer vom zweiten Rang mit ihr beschäftigt.

Ehlers hat daher in nicht zählbaren Veranstaltungen bei großen Foren, im Gespräch im kleinen Kreis, vor allen Altersgruppen, allen Bildungsbereichen, allen Berufsschichten, er hat in Hunderten von Artikeln, Interviews und Rundfunkreden für dieses Engagement für unseren Staat geworben. Er hat jenen, die über die Politik die Nase rümpften und glaubten, sie verdürbe den Charakter, ins Gewissen geredet, sich mit der Politik, der „*res publica*“, zu befassen, nicht abseits zu stehen, sondern dort Mitverantwortung zu tragen, wo man glaubt, besonders wirken zu können. Er hat gegen die Bindungslosigkeit gestritten, die gerade in den ersten Tagen unserer Republik verbreitet war, oft aus Unkenntnis, oft aus Bequemlichkeit.

Beides bekämpfte er durch sein eigenes Vorbild: des restlosen Einsatzes für unseren neuen Staat. Wer ein wenig zu beobachten verstand, mußte dieser Art einfach Respekt abgewinnen; sehr groß ist die Zahl derer, die sich durch sein Beispiel bewegen ließen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten mitzuwirken.

Er stellte sich immer wieder auch dem politisch Andersdenkenden, setzte sich mit seinen Argumenten auseinander. Er setzte sich ein für das, was er als richtig erkannt hatte, in der Erwartung, die ande-

nach zwei Jahrzehnten, von ihm lernen können: wie er seine Verantwortung wahrnahm, seinen Weg ging, unermüdlich, mutig, entschlossen für die Gesinnungsgrundlagen des neuen Staates kämpfte, wie er an den Staat heranzuführte die, die nach allem, was gewesen, abseits standen, wie er aber vor allem die Jugend anzusprechen wußte. Bischof Lilje hat damals gesagt: Erst wenn sie fehlen, merkt man, daß man ihnen Dank schuldet.

Hermann Ehlers ist in Berlin geboren und aufgewachsen. Gymnasium, Jurastudium, Dissertation — in Bonn —, Assessor. 1931 wurde er Justitiar der Notgemeinschaft der Inneren Mission in Berlin. Nach 1933 schloß er sich der Bekennenden Kirche an, wurde ihr Justitiar und blieb es auch, als er als Richter 1936 in den Staatsdienst trat. Sein unerschrockenes Wirken in der Bekennenden Kirche brachte ihn sehr bald in Konflikt mit den Nationalsozialisten. Er wurde verhaftet, 1939 aus dem Staatsdienst entlassen und zur Wehrmacht eingezogen. Als Leutnant der Flakartillerie nahm er bis zum Ende am Kriege teil.

Der aktive Kirchenkampf hat ihn geprägt, ob in der Arbeit mit jungen Menschen in seinem Bibelkreis, ob in der allgemeinen Arbeit in und für seine Kirche, ob in den harten Anforderungen in den Zeiten der Verhaftungen und der staatspolizeilichen Vernehmungen. Theodor Heuss hat das in seiner Ansprache in der Trauerfeier des Deutschen Bundestages am 2. November 1954 so gesagt:

„Das Religiöse, in der Formwelt und in der inhaltlichen Bestimmtheit, wie sie durch Luther geprägt wurde, bildete, von den Jugendjahren her, die tragende Mitte seines Wesens.“

Mit dem Dienst an seiner lutherischen Kirche beginnt dann auch die Zeit seines ungewöhnlichen Wirkens nach Rückkehr aus dem Krieg. Wer ihn damals nach der Kapitulation traf, wird sich erinnern,

ren für seine Auffassung zu gewinnen: zur Politik, zur Gedankenführung der Christlichen Demokraten, zu einer Union aller Schichten und Gruppen, aus Einheimischen und Vertriebenen, aus Bauern und Städtern, Arbeitern und Fabrikanten, Staatsdienern und Rentnern, zur Union aus evangelischen und katholischen Christen.

Er war gläubiger Protestant. Gläubige Protestanten und gläubige Katholiken nehmen die Religion und ihre konfessionellen Unterschiede ernst, aber gerade sie bemühen sich um die Gemeinsamkeit der Grundlagen und ihrer Realisierung in der Politik.

Wer Hermann Ehlers kannte, den nimmt nicht wunder, daß er bereits im zweiten Jahr der ersten Legislaturperiode des Deutschen Bundestages sein Präsident wurde. Er hat schnell die Aufmerksamkeit aller auf sich gezogen. Das war in der damaligen Zeit nicht leicht: Adenauer beherrschte als die überragende Figur die Szenerie. In der Öffentlichkeit galten Regierung und Minister mehr als das Parlament. Meine erste Begegnung mit dem Vorgänger von Hermann Ehlers bei der Eröffnung einer Industrie- und Handwerksmesse im Jahre 1950 ist dafür typisch: Bei wohl hundert

namentlich begrüßten Gästen rangierte jeder Regierungsrat vorab — unter ihnen konnte man sich etwas vorstellen. Der letzte, der — schon im allgemeinen Gemurmel — begrüßt wurde, war der Bundestagspräsident Köhler. Unter dem Bundestag und seinem Präsidenten konnte man sich eben damals noch nichts vorstellen.

Ehlers hat dieses Amt geprägt. Seine außergewöhnlichen Gaben, seine hohe Bildung, seine Schlagfertigkeit, seine mitreißende Beredsamkeit, aber auch sein Mut, sein Wille zur Entscheidung, das Ganze aber eingebettet in Berliner Witz und Humor, gaben ihm die Souveränität und die Autorität, mit der er das Parlament leitete. Er tat es nicht wie der „Speaker“ britischer Tradition, der mit seiner Wahl zum Parlamentspräsidenten aus der handelnden Politik ausscheidet, der sich auf den Sessel des Präsidenten zurückzieht und nur noch unparteiischer Schiedsrichter ist. Ehlers war im Amt immer unparteiisch — das haben ihm auch die Gegner stets bescheinigt —, aber er stieg oft genug herunter, um vom Rednerpult aus in große Debatten einzugreifen. Seine Reden im Bundestag gehören zu den ganz großen, bestechend in ihrer Brillanz,

der Präzision, ihrer sprachlichen Formulierung. Er blieb am Rednerpult der Kämpfer, der Streiter, der Bekenner in der Politik. Im Präsidentenstuhl aber war er der unangefochtene Kopf des gesamten Parlaments.

Das Ansehen, das er persönlich gewann, übertrug sich auch auf den Bundestag, dem durch seine Führung die Bevölkerung zunehmend Vertrauen entgegenbrachte.

Es ist müßig, darüber nachzusinnen, was in der politischen Führung geworden wäre, wenn uns der Tod Ehlers nicht genommen hätte. Aber es ist nicht müßig, sich das Geheimnis seines Wirkens in Erinnerung zu rufen. Es kann uns allen helfen, die Politik wieder zu befreien von ihren unerfreulichen Begleiterscheinungen, von dem, was sie heute so suspekt oder anrüchig macht. Zu seiner Zeit gab es nicht persönliche Verunglimpfungen, keine Herabwürdigung des Gegners. Es gab die harte Auseinandersetzung, sie war aber aufrichtig, immer fair, sie war sachlich, sie hatte Stil.

Das sind Voraussetzungen dafür, daß unsere parlamentarische Demokratie in einem freiheitlich-sozialen Rechtsstaat wieder gefestigt wird.

Zukunft und Hoffnung

19. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU 6. bis 8. Dezember 1974 in Mainz

Freitag, 6. Dezember 1974

20.00 Uhr, Rheingoldhalle
Abendgespräch

Thema:

Verantwortung und Wagnis der politischen Predigt

— Erwünschte Befreiung oder gewollter Einfluß —

Samstag, 7. Dezember 1974

10.00 Uhr Plenum, Kurfürstliches Schloß

Geistliches Wort / Eröffnung und Grußworte

Vorträge „Zukunft und Hoffnung“

Aussprache

13.30 Uhr Pressekonferenz

14.30–18.00 Uhr Arbeitskreise

① Grundwerte in der pluralen Gesellschaft

— Gibt es in unserer Gesellschaft gemeinsame Normen? —

② Sozialstaat und Freiheit

— Sind soziale Gerechtigkeit und persönliche Freiheit in unserer Welt vereinbar? —

③ Fortschritt ohne Geschichte?

— Bringt progressives politisches Handeln einen Fortschritt, wenn es die Geschichte verleugnet? —

④ Die Zukunft der Dritten Welt und unsere Zukunft

— Läßt sich unsere Zukunft ohne Hoffnung für die Dritte Welt bewältigen? —

20.00 Uhr Empfang für alle Tagungsteilnehmer

Sonntag, 8. Dezember 1974

10.00 Uhr Gottesdienst

11.15 Uhr Öffentliche Schlußveranstaltung

Alle Veranstaltungen finden — mit Ausnahme des in der Rheingoldhalle geführten Abendgespräches sowie des Gottesdienstes — im Kurfürstlichen Schloß statt.

Die Bezieher der Evangelischen Verantwortung erhalten mit der November-Ausgabe Einladung, Programm und Anmeldekarte zugesandt.

„Demokratie zwischen Utopie und Realismus“

Hans-Günther Assel

Leben und Handeln in einem Gemeinwesen erfordern eine möglichst klare und verbindliche Verständigung über die Prinzipien, welche die Organisation von Staat und Gesellschaft bestimmen. Der Autor unseres Beitrages, Professor für politische Wissenschaften an der Universität Erlangen-Nürnberg, analysiert die im Mittelpunkt stehende Diskussion des umstrittenen Begriffs „Demokratisierung“ und fordert einen Durchbruch zum Realismus.

Die weltweite gesellschaftliche Forderung der Gegenwart wird im Begriff Demokratisierung auf eine griffige Formel gebracht, die in aller Munde ist. Alle Strukturen sollen einer neuen Ordnung weichen, die den Volkswillen in Staat und Gesellschaft artikuliert. Der Kampf engagierter Gruppen richtet sich gegen feudalistische und hierarchische Restformen politischer Herrschaft, aber auch gegen Verkrustungen in den Staaten, die sich Demokratien nennen. Man will eine Bewußtseinsveränderung unter den Menschen herbeiführen, welche die Befreiung aller Unterdrückten zum Ziel hat. Mit der Hoffnung auf die Entfaltung individueller Anlagen und Fähigkeiten verbindet sich der Anspruch auf eine sozial gerechte Lebensform, die Humanität und Gleichheit verwirklicht und jene Schranken und Barrieren beseitigt, welche die Ungleichheit bisher verewigten.

Obwohl sich fast alle Staaten als Demokratien bezeichnen und die Übereinstimmung von Regierenden und Regierten betonen, schillert der Demokratiebegriff seit seiner Entstehungszeit und seiner Verwendung im Kampf gegen den Absolutismus im Zwielficht der unterschiedlichen Auffassungen.

Leidenschaftlich fordert man heute die „Herrschaft des Volkes“ und die Durchsetzung des unverfälschten Volkswillens, denn nur so sei wahre und überzeugende Demokratie denkbar. Besonders die radikalen Linken verbinden damit ein Freiheitspathos und ein moralisches Bewußtsein, das sie gegen die bestehende Ordnung für die

Aufhebung aller Entfremdung kämpfen läßt. Was sie freilich übersehen, ist, daß in allen typischen Demokratieformen bis zur Gegenwart, einschließlich der marxistisch-kommunistischen, die Volksherrschaft, von der sie träumen, bisher bloße Fiktion blieb. Volksherrschaft im strengen Sinn des griechischen Wortes hat sich bis heute nicht realisieren lassen. Ein nüchterner Blick auf die Tatsachen wird dem Heranwachsenden zeigen, daß es tunlich ist, zwischen einem demokratischen Utopismus und Realismus zu unterscheiden. Eine Analyse der typischen Demokratieformen unserer Zeit kann den angedeuteten Sachverhalt erhärten.

Hier soll der Hinweis genügen, daß in sozialistisch strukturierten Volksdemokratien weder das Volk als solches noch die so viel gelobte proletarische Klasse regiert. Vielmehr hat eine kleine Schicht von Spitzenfunktionären der kommunistischen Einheitspartei, die eine „proletarische Oligarchie“ bilden, alle Fäden in Staat und Gesellschaft in der Hand. Zwar fühlt sich diese Gruppe ihrem Selbstverständnis nach als Avantgarde des Volkes, ausgestattet mit einem unfehlbaren und richtigen Bewußtsein, das auf das Endziel herrschaftsloser und klassenloser Gesellschaft gerichtet ist, aber als Herrschaft des Volkes kann man solche Repräsentanz nicht bezeichnen, zumal die Generallinie der Politik allein von dieser Führungsgruppe bestimmt wird.

In den westlichen Demokratien, die sich als parlamentarisch-pluralistische Systeme und als Parteienstaaten organisieren, kämpfen verschiedene Parteieliten mit ihren Programmen um die Gunst der Wähler, die darüber entscheiden, welche Partei mit ihrer Spitzenmannschaft auf Zeit die Macht im Staat übernehmen darf. Der Volkswille realisiert sich in freien Wahlen für eine Partei und ihre Repräsentanten, die nicht das Volk, sondern die Parteibürokratie mit Hilfe interner Wahlen ausgewählt hat. Die vom Volk gewählten Abgeordneten

bilden Fraktionen im Parlament, die allein über Regierungsmehrheiten entscheiden. „Das gewählte Parlament gilt als Miniaturausgabe des Volkes.“ Genau ausgedrückt herrscht die demokratisch gewählte, von den Parteien vorgeschlagene Elite und diese fällt alle wichtigen Entscheidungen im Namen des Volkes. Von einer Herrschaft des Volkes im strengen Wortsinn kann nicht die Rede sein.

Auch die Demokratien in den Entwicklungsländern, die sich gewöhnlich als Einparteienstaaten organisieren, ohne aber klassenkämpferischen Parolen zu folgen, werden von einer Elite beherrscht, die meistens im Ausland studiert hat. Diese Elite folgt im allgemeinen weder liberalen noch marxistischen Doktrinen, d. h. sie läßt sich nicht ideologisch fixieren, weil für sie das Problem der Einheit und Unabhängigkeit, die nationalen und ökonomischen Fragen vor den ideologischen die entscheidende Rolle spielen. Hier geht es zuerst um Integration der meist jungen Staaten, um das Zusammenwachsen zur gegebenen Einheit, weniger um die Herrschaft des Volkes.

Reine Volksherrschaft – ein Ideal

Die vielzitierte und gewünschte „reine“ Volksherrschaft läßt sich in den drei typischen Demokratieformen der Gegenwart realiter nicht nachweisen. Überall finden wir eine bestimmte und nach unterschiedlichen Gesichtspunkten ausgewählte Elite an der Macht, die über besondere Privilegien verfügt. Wem diese Feststellung unbequem ist, der sollte den entsprechenden Gegenbeweis führen.

Hier stoßen wir auf die berühmte Kluft von Idee und Wirklichkeit, d. h. auf eine Spannung im politischen Leben, die zwar häufig – auch bei uns – kritisiert und angeprangert wird, die aber ein „populäres

Scheinproblem" beinhaltet, weil sich in der Praxis die Dinge – jedenfalls bisher – stets anders als in der Theorie entwickelten. Mit gutem Recht fragt Wilhelm Hennis: „Daß Verfassungen altern – wer wünschte es ihnen nicht? –, daß sich in der Praxis manches anders entwickelt, als man es sich in der Theorie ausgedacht hat – was ist daran problematisch?“ Problematisch sind dagegen die vielen Verheißungen und Versprechungen, die unausgegorenen Wünsche an die Zukunft und die manchmal auch bewußten Fehleinschätzungen, die eine Praxis als Anwendung von Theorie fordern, die sich nicht realisiert. Hier ist es nötig, mit zur Entkrampfung von Vorstellungen und begrifflichen Formeln beizutragen, damit sich ein nüchternes und realistisches Verständnis durchzusetzen vermag. „Eine Demokratie in Reinkultur gibt es nicht, sondern nur Mischsysteme“, wie Eschenburg betont. Demokratische Systeme haben bis zur Gegenwart, wo immer sie etabliert wurden, nicht auf monokratische und oligarchische oder elitäre Züge verzichten können, wenn man sich nicht selbst etwas vormachen will.

In einem Bestreben treffen sich alle konkreten Demokraten: Sie wollen die Selbstbestimmung des Menschen und seine Mitbeteiligung am politischen Prozeß in einer immer attraktiver ausgestalteten Gesellschaft verwirklichen. Aber auch bei diesem gewiß sehr lobenswerten Bemühen, die Autonomie und Partizipation des Bürgers zu sichern, handelt es sich um keinen voll realisierten Istwert, sondern um einen Sollwert. Die Tatsache, daß sich Demokratien zu bestimmten Werten bekennen und sich als „wertgebundene“ Demokratien auffassen, darf nicht dazu verleiten, als sei mit dem Bekenntnis die Norm selbst realisiert. Dieser so häufig verbreitete illusionäre Schein ist aufzulösen, weil ein solches Trugbild die Heranwachsenden bitter enttäuscht, da sich die erhofften Erwartungen nicht erfüllen. Demokratische Praxis, die nicht hält, was ihre Theorie verspricht, gerät in das Kreuzfeuer der Kritik. Ideale bleiben unerreichbare Zielvorstellungen – und nur so üben sie ihre stimulierende Kraft aus. Wir brauchen Ideale als Leitbilder – auch für die Demokratie –, ohne uns in ein abstraktes und rein formales Demokratieverständnis zu flüchten.

Mangelnder politischer Realismus begünstigt die Ideologisierung in der Politik – und aus Idealen können leicht Ideologien werden.

Ideal und Realismus

Es schien unnötig – bei diesen abstrakten Vergleichen –, die demokratische Lebenswirklichkeit zum Zeugen zu rufen. Viele begnügten sich mit dem verfassungstheoretischen Wissen, ohne in eine Strukturanalyse der Gesellschaft einzutreten und die wirkliche Machtverteilung zu prüfen. So schlich sich mit der Zeit die Neigung ein, Prinzipien der Demokratie als Realität aufzufassen, obwohl es nicht an Warnungen fehlte. Diese wurden zuerst mit aller Klarheit von den Gutachtern des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen in bezug auf die politische Bildung 1955 ausgesprochen. Dort hieß es: „Dieses Vorgehen führt zu zwei nur scheinbar entgegengesetzten Irrwegen. Der eine erweckt den Anschein, als wären die Begriffe bereits verwirklicht, und erzeugt damit ein idealistisches Trugbild unserer politischen Verhältnisse... Der andere beurteilt die Wirklichkeit im Lichte abstrakter Ideale und erzeugt damit eine verneinende Einstellung zur politischen Realität.“ Die Gutachter rügten eine gesinnungsmäßige Verabsolutierung und Idealisierung demokratischer Ordnung, aber sie fanden wenig Gehör. Auch die politische Bildung folgte dem skizzierten Trend, so daß sich kaum etwas veränderte. Wiederum erkannten einige politische Pädagogen und Politikwissenschaftler, daß die geforderte aktive Beteiligung am politischen Prozeß für den einzelnen sehr begrenzt war, und man wandte sich dagegen, die Kategorie der Partizipation zu fetischisieren. Damit sollte der Raum für eine nüchterne und realistische Betrachtung gewonnen werden. Wer sich nur an Idealen orientierte, mußte den Blick für die wirklichen Verhältnisse verlieren. Andererseits durfte die politische Frustration nicht so weit gehen, daß man glaubte, man hätte als einzelner überhaupt keine Möglichkeiten der Beteiligung mehr. Es war ein Verdienst von Thomas Ellwein, mit seiner politischen Verhal-

tenslehre einen mittleren Weg einzuschlagen, der weder einem falschen Aktivitätskult huldigte noch eine politische Passivität unterstützte, denn es gab mehr reale Teilnahmekancen, als der einzelne oft wahrnahm. Wurde hier das Problem bereits diskutiert, wie sich der junge Staatsbürger praktisch bewähren kann und welche Einflußmöglichkeiten ihm offenstanden, so kann man nicht sagen, daß sich dieser nüchterne, auf die Praxis bezogene Sinn im ganzen gesehen durchgesetzt hätte, obwohl die Korrektur gewisser irrealer Vorstellungen gelang. Von einem Durchbruch zum realistischen Sinn, der die Prinzipien als das einstufte, was sie sein sollten, konnte man nicht sprechen. So stellte sich auch hier bald die Kritik ein. Mochte sie in der Form berechtigt sein oder nicht, man huldigte weiterhin einem „statischen“ Demokratiebegriff, der mehr der affirmativen Dimension diene, als daß sich eine prinzipielle kritische und realistische Sicht einstellte. Mit anderen Worten: Ein „dynamischer“ Demokratiebegriff, der Demokratie als Prozeß verstand und damit als die beständige Annäherung an die gewählten Zielvorstellungen, setzte sich nicht durch. So fehlten die stimulierenden Anstöße dazu, sich für eine permanente Verbesserung der bestehenden Gegebenheiten einzusetzen. Es war ein Unterschied, ob man die Teilnahmekancen im System nützte oder ob man sich kritisch um ihre Erweiterung bemühte.

Der Perfektionsanspruch der Jugend

Auch der Protest der jungen Generation schuf nicht den Wandel, den wir „demokratischen Realismus“ bezeichnen möchten, denn die Jugend folgte dem idealen Verständnis von Demokratie und suchte die Schuldigen für die mangelnde Verwirklichung der Ideale im bürgerlichen Establishment. Diese herrschende Elite trug die Verantwortung dafür, daß man im Status quo und in der Stagnation verharrte. Das hieß mit anderen Worten: Die totale Realisierung der Ideale war möglich, wenn man jene beseitigte, die sich hindernd in den

Weg stellten. Die Kluft von Ideal und Realität ließ sich unter Ausschaltung der ewig Gestrigen, die ihre Herrschaftsinteressen verteidigten, überwinden. Man fiel in einen demokratischen Utopismus zurück, denn die schlechte Demokratie sollte beseitigt und eine ganz neue, frei von aller Herrschaft und Klassenstruktur, geschaffen werden. Auch hier fehlte es am politischen Augenmaß für das Reale und Mögliche, das sich in abschätzbarer Zeit durch eine bewußte Reformstrategie erreichen läßt.

Auch andere politische Gesellschaften litten am Zwiespalt von Norm und Realität. So blieb den Heranwachsenden ein Gedanke fremd, den Dahrendorf 1968 deutlich und unmißverständlich formulierte: „Es wäre vermessen zu behaupten, daß in irgendeinem Land der Welt die Bürgerrechte für alle bereits effektiv verwirklicht seien. Jedes Land hat noch heute seine großen Probleme der bürgerlichen Rechte und Freiheiten, und diese

sind sicher nicht so leicht zu nehmen, wie sie vor allem bei uns zulande genommen werden.“

So entstand einmal der Eindruck, daß die reaktionäre Haltung in der Bundesrepublik im Vergleich zu anderen Staaten besonders groß sei, und zum anderen verfocht die protestierende Jugend einen Perfektionsanspruch, von dem sie überzeugt war, daß man ihn radikal unter Ausschaltung der „Reaktionären“ prinzipientreu verwirklichen müsse. Seit der Mitte der sechziger Jahre begann sie das einzuklagen, was ihrem demokratischen Ideal entsprach. Ihr Kampf zielte gegen die Herrschenden, die aus purem Machtwillen und schnöder Interessen- und Gewinnsucht durch Manipulation und Repression sich ihren berechtigten Forderungen widersetzen. Auf diese Weise ebnete man nicht dem demokratischen Realismus den Weg, sondern man fiel in das andere Extrem: vom abstrakten Demokratieverständnis zur ideologisch gefärbten

Idealdemokratie. Damit stellte sich auch die schablonenhafte Bewertungsformel ein: hier die Reaktionären – dort die Progressiven. Man sprach von affirmativer und kritischer Einstellung, wobei das Prädikat „kritisch“ nur diejenigen zugesprochen erhielten, die sich für die perfekte Zukunftsgesellschaft engagierten. Solche vorschnellen Klassifizierungen erschweren es heute, kritisch den Demokratisierungsbegriff zu erörtern, denn die Euphorie, für eine perfekte Ordnung einzutreten, ist in der Jugend weit verbreitet. Hier spielen die politischen Emotionen eine große Rolle, auch bei denen, die rundweg den Begriff als Schlag- und Modewort der Zeit ablehnen. Kontroversen sind die Folge. Die Frage nach dem Demokratieverständnis der Gegenwart bleibt auf der Tagesordnung. Sie muß sich im Gestrüpp solcher Auseinandersetzungen zurechtfinden und eine Klärung heterogener Auffassungen herbeiführen.

Aus den Tagungsprogrammen der Akademien

Evangelische Akademie Arnoldshain 6381 Arnoldshain (Taunus)

18. bis 20. Oktober 1974

Bildungsziele – Haben wir sie? – Brauchen wir sie? – Wer setzt sie? Studientagung mit Pädagogen, Bildungsplanern und Bildungspolitikern.

25. bis 27. Oktober 1974

Theologische Information für die Gemeinde

Evangelische Akademie Bad Boll 7325 Bad Boll (üb. Göppingen)

21. bis 23. Oktober 1974

Die Revolution des Heiligen Geistes – Ökumenische Tagung mit den Professoren Dilschneider (Berlin), Mühlen (Paderborn) und Ott (Basel) –

8. bis 10. November 1974

Friedenschancen im Nahen Osten? – Israeltagung in Zusammenarbeit mit dem Institutum Judaicum, Tübingen –

22. bis 24. November 1974

Krise der Gesellschaft

– Partielle Krisen oder Grundkrisen humaner Gesellschaftsgestaltung? –

Evangelische Akademie Baden 75 Karlsruhe 1, Blumenstraße 7

15. bis 17. November 1974

(in Bad Herrenalb)

Umwelt – Gefahr für unsere Kinder?

Evangelische Akademie Rheinland-Westfalen – Haus der Begegnung – 433 Mülheim (Ruhr), Uhlenhorstweg 29

21. und 22. Oktober 1974*

Hat Europa noch eine Zukunft?

* Außentagung in Wiesbach (Saar)

Evangelische Akademie Schleswig-Holstein 236 Bad Segeberg, Marlenstraße 31

25. bis 27. Oktober 1974

Aufgaben für die Gemeinde

– Tagung für haupt- und ehrenamtliche kirchliche Mitarbeiter –

Evangelische Akademie Tutzing 8132 Tutzing (Starnberger See), Schloß

15. bis 17. November 1974

(Tagung findet in Nürnberg statt)

Der Verbraucher vor den Grenzen des Wachstums

Evangelische Akademie Loccum 3055 Loccum (üb. Wunstorf)

21. bis 23. Oktober 1974

Das Unbehagen an der Schulreform

Evangelische Akademie Kurhessen-Waldeck

352 Hofgeismar,

Schlößchen Schönburg

18. bis 20. Oktober 1974

Natur und Schöpfung

Philosophisch-theologisches

Seminar

Evangelische Akademie Rheinland-Westfalen – Haus Ortlohn – 586 Iserlohn (Westfalen), Baarstraße 59–61

18. bis 20. Oktober 1974

Was heißt „konservativ“?

Ist dieser Begriff wirklich ein Gegenbegriff zu „progressiv“?

Evangelische Akademie der Pfalz 672 Speyer, Große Himmelsgasse 6

6. bis 8. November 1974

(Haus Mühlberg)

Kirchliche Ethik in der säkularen Gesellschaft

Zur Arbeit der JUSO-Hochschulgruppen:

SPD-Regierung unterstützt „beschleunigten Abbau demokratischer Rechte“

Gerd Langguth

Die politische Auseinandersetzung an den Hochschulen der Bundesrepublik ist im vergangenen Jahr etwas in den Hintergrund des öffentlichen Interesses getreten. Um so wichtiger ist es, die nach wie vor mit allen verfügbaren Mitteln und Kräften betriebene Agitation der sozialistischen Hochschulgruppen genau zu beobachten.

Gerd Langguth – Mitglied des Bundesvorstandes der CDU und des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU – analysiert im folgenden Beitrag die Aktivität der Juso-Hochschulgruppen und fordert eine eindeutige, Grenzen setzende Stellungnahme der SPD.

Besonders in diesem Sommersemester haben Juso-Hochschulgruppen ihre Aktivitäten an den Hochschulen der Bundesrepublik verstärkt. So gibt es nunmehr neben dem „Sozialistischen Hochschulbund (SHB)“ eine weitere Organisation, in der Jungsozialisten studentische Politik betreiben. Während jedoch der SHB durch seine DKP-Nähe und seine beinahe sklavische Unterwerfung unter die Ideologie des DKP-nahen „Spartakus“ in der Studentenschaft hinlänglich bekannt ist und nicht zuletzt deshalb entscheidende Einbußen bei den Wahlen in Studentenparlamenten hinnehmen mußte, sind die Juso-Hochschulgruppen eher noch links von der DKP anzusiedeln – was eine Analyse des RCDS nachweist.

Die Juso-Hochschulgruppen sind weitgehend identisch mit der Minderheitsfraktion innerhalb des Bundesverbandes der Jungsozialisten, die vom Bezirksverband Hannover der Jusos angeführt werden und sich als „nichtrevisionistisch“ bezeichnen. Gerade wenn man ihre Einschätzung der Rolle des „Staates“ und der „Intelligenz“ untersucht, wird man die Feststellung, daß die Juso-Hochschulgruppen eher links von der DKP stehen, unterstützen müssen.

Dabei muß es aber verwundern, daß inzwischen die Juso-Hochschulgruppen als offizielle Gesprächs-

partner der SPD anerkannt werden, so anlässlich des Hearings zum Hochschulrahmengesetz, dies, obwohl die Juso-Hochschulgruppen behaupten:

– selbst unter einer SPD-Regierung habe ein „beschleunigter Abbau demokratischer Rechte“ stattgefunden;

– die SPD habe bisher „eine Politik im langfristigen Interesse des Kapitals“ betrieben; der „SPD-geführten Regierung und der mit ihr verflochtenen Gewerkschaftsführung“ komme die Funktion zu, „die Folgebereitschaft der Arbeiterklasse für eine ‚Einkommenspolitik‘ im Interesse der Unternehmer sicherzustellen (Konzertierte Aktion)“; die Beteiligung der SPD an der Bundesregierung habe also „auch im Interesse des Monopolkapitals“ gelegen.

Die Juso-Hochschulgruppen, die davon ausgehen, der Sozialismus lasse sich nicht „durch eine Erringung der Staatsmacht stückchenweise, Baustein für Baustein“ erreichen, sind auch eindeutig bereit, außerhalb des geltenden Rechts politische Aktionen durchzuführen:

– So könnte die Aufputschung von Emotionen „und die darauffolgende spontane Aktion aber auch Teil einer Strategie sein, wichtige Angriffe geplant zu vermitteln“. So formulierten die Juso-Hochschulgruppen ausdrücklich, daß die „Spontaneität je nach Situation sinnvoll sein könne, wobei ebenso ausdrücklich eine Rektoratsbesetzung als mögliches Beispiel genannt wurde. So sprach denn auch ein führender Funktionär der Juso-Hochschulgruppen auf der letzten Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) hinsichtlich der Doppelstrategie der Jungsozialisten ausdrücklich von einem „Zusammenspiel von legalen und illegalen Mitteln“.

Auch die Bündnisstrategie der Juso-Hochschulgruppen zeigt sehr deutlich auf, daß diese nicht bereit

sind, mit Demokraten der politischen Mitte, so mit dem RCDS, zusammenzuarbeiten:

– „Dabei reicht das Spektrum der akzeptablen Bündnispartner von liberalen bis linkskommunistischen Kräften, soweit sie Gewähr dafür bieten, daß durch ihr Auftreten nicht die gesamte Aktion diskreditiert wird“, heißt es in einer Schrift der Juso-Hochschulgruppen;

– es sei notwendig, einen vom RCDS geführten AstA „durch eine Koalition aller linken und liberalen Gruppen“ zu verhindern. So hatte denn beispielsweise in Göttingen die Juso-Hochschulgruppe ausdrücklich eine Koalition mit dem RCDS nach den Wahlen zum Studentenparlament ausgeschlossen, weil dieser „verfassungsfeindlich“ sei; hingegen fand sich dort die Juso-Hochschulgruppe bereit, mit dem links von der DKP stehenden „Initiativkomitee für die Gründung eines Kommunistischen Hochschulbundes (IK/KHB)“ eine Koalition einzugehen.

Die SPD wird sich also sehr bald auch hinsichtlich ihres Verhältnisses zu den Juso-Hochschulgruppen entscheiden müssen, inwieweit sie diese überhaupt noch als Gesprächspartner anerkennen kann. Doch ist kaum zu erwarten, daß eine klare Abgrenzung vorgenommen wird, wenn man sieht, wie halbherzig die Trennung vom SHB, der sich im zurückliegenden Jahr noch „sozialdemokratisch“ nannte, durchgeführt wurde:

– Nach wie vor wurde kein Unvereinbarkeitsbeschuß einer Mitgliedschaft von SPD und SHB herbeigeführt; etwa die Hälfte aller SHB-Mitglieder dürfte gleichzeitig in der SPD sein, obwohl dem SHB wegen seiner kommunistischen Ausrichtung der Name „sozialdemokratisch“ entzogen wurde;

– nach wie vor unterstützten wichtige Gliederungen der SPD, so der Unterbezirk Bonn der SPD, den SHB in sehr massiver Form.

Grundsatzfragen im Evangelischen Arbeitskreis

Horst Quarz

Auf der letzten Vollversammlung des EAK Westfalen-Lippe war beschlossen worden, daß der neue Landesvorstand ein Konzept über die weitere Arbeit des EAK vorlegen sollte. Es wurde dabei erwartet, daß die Arbeit des EAK in der nächsten Zeit politischer, und damit insbesondere auch für die Jüngeren attraktiver gestaltet würde, als das bisher der Fall war.

Der Verfasser dieses Konzeptes ist stellvertretender Landesvorsitzender des EAK. In leicht gekürzter Form bringt die Evangelische Verantwortung Ihren Lesern die Gedanken des westfälischen Arbeitskreises zur Kenntnis.

Der Evangelische Arbeitskreis muß neben den traditionellen Aufgaben, d. h. dem Kontakt zur Landeskirche, der Beschäftigung mit den Problemen sozialer Randgruppen und den Verbindungen zu den caritativen Verbänden vor allem zwei Bereiche in Zukunft bearbeiten: einmal den Bereich der Grundsatzfragen und zum anderen den Bereich der zukunftsbestimmenden Faktoren oder der absehbaren Entwicklungstendenzen. Beide Bereiche wollen wir dann jeweils auch konkretisieren, bzw. die konkreten Bezüge herstellen: einmal zu dem Bereich der Welt des Kindes und zum anderen zu dem Bereich der Humanisierung der Arbeitswelt.

Wir glauben, daß wir insbesondere mit dem Bereich der Grundsatzfragen eine gewisse Nachfrage befriedigen können, und insofern wollen wir hier Servicestation für alle Gruppen sein, da es in der CDU bisher noch kein für uns alle gemeinsam verbindliches Grundsatzprogramm gibt. Diese Tatsache ist aus unserer Parteigeschichte leicht verständlich. Früher, als es noch eine wesentlich engere Verbindung zwischen der Kirche und der CDU gab, waren im Grunde immer die Kirchenmänner zuständig für unsere Grundsatzfragen. Im Zuge der allgemeinen Säkularisierung ist auch die Politik der Union pragmatischer geworden, und es hat sich ein immer größeres Theoriedefizit eingestellt. Die Junge Ge-

neration vermißte hier mehr und mehr zeitgerecht formulierte politische Grundsätze, vermißte den inneren Spannungsbogen innerhalb der Politik von den Grundsätzen über die Programmatik bis hin zur gezielten politischen Aktion und umgekehrt. Die Oppositionsrolle, in die die CDU gedrängt wurde, machte die Notwendigkeit der inneren Regeneration deutlich. Die Partei wartete auf grundsätzliche Ausführungen, weil sie sich in dieser Frage wie ein ausgetrockneter Schwamm fühlt.

Der Mensch im Mittelpunkt

Wir wollen bei und in dieser Arbeit offen sein, offen für alle Gruppen, die bei uns mitarbeiten wollen und die sich für diese Fragen interessieren, selbstverständlich auch für unsere katholischen Freunde und auch für unsere Freunde aus den anderen Vereinigungen und Fachausschüssen, die sich für diese spezielle Thematik interessieren.

Wir wollen verdeutlichen, daß wir die Politik für den Menschen machen, nicht für Ideologien, Systeme, Apparate oder anderes. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, daß es drei Dinge sind, die im wesentlichen unsere politischen Grundvorstellungen ausmachen oder von denen aus wir unsere politischen Vorstellungen formulieren: Einmal ist es das Menschenbild, unser Menschenbild, zum anderen das daraus abzuleitende Demokratieverständnis und die wiederum aus beiden abzuleitende Vorstellung von unserer Gesellschaft.

Zu diesen drei Bereichen möchte ich einige kurze Thesen aufstellen. Zunächst zum Menschenbild: Wir wissen, daß unterschiedliche Menschenbilder auch zu unterschiedlichen Gesellschaftsbildern und zu

unterschiedlichen Wertauffassungen führen. Da gibt es Gruppen, die von zu optimistischen Menschenbildern ausgehen, und Gruppen, die von pessimistisch eingeschätzten Menschenbildern ausgehen. Wir hoffen, daß wir in unserer Arbeit von einem realistischen Menschenbild ausgehen können. Vier verschiedene Menschenbilder prägen unsere politische Diskussion: 1. das christliche Menschenbild, 2. das liberale, 3. das sozialistische und 4. das faschistische Menschenbild. Darüber hinaus gilt es, in der Frage um das Menschenbild eine weitere Grundsatzentscheidung vorweg zu treffen: ob wir tatsächlich sagen, der Mensch sei das Maß aller Dinge, oder ob der Mensch als Schöpfung Gottes anzusehen ist mit seinen fundamental unterschiedlichen Grundauffassungen, die oft zu den fundamental unterschiedlichen politischen Grundsätzen führen.

Die Gegner des christlichen Menschenbildes unterstellen uns und der CDU immer wieder reaktionäres Verharren. Sie sagen, wir gingen von einem reaktionären Christlichkeitsbegriff aus. Wir müssen das mit Entschiedenheit zurückweisen, denn unser Christlichkeitsbegriff ist in höchstem Maße aktiv, er verlangt Solidarität und Einsatz für die Schwachen in der Gesellschaft. Die Ebenbildlichkeit des Menschen mit Gott macht die Würde des Menschen aus, jedenfalls nach unserem Verständnis. Daraus beziehen wir unsere Zielvorstellung von einem in freier Verantwortung sich selbst bestimmenden Menschen, der sich der Gesellschaft verpflichtet weiß. Daraus leiten wir unsere Prinzipien der Solidarität und der Subsidiarität, der Hilfe für den Schwachen und der Stärkung für die Eigenverantwortlichkeit ab.

Wir lehnen mit Entschiedenheit einen betreuten, ideologisch, bürokratisch, staatlich parteilich betreuten Menschen mit staatlich verordnetem Glück ab. Wir wollen keine

„Blauen Ameisen“ werden, sondern wir wollen den sich selbst bestimmenden Menschen, weil wir der Auffassung sind, daß nur das seiner Würde entspricht.

Demokratieverständnis als Ausdruck der Pluralität

Daraus ergeben sich für uns auch Konsequenzen für unser Demokratieverständnis: zunächst individuelle und gesellschaftliche Vielfalt und auch der Verzicht auf einen verabsolutierten Wertekatalog. Es besteht auch im Bereich der unsere Gesellschaft tragenden Werte kein absoluter Anspruch unsererseits. Auch hier wollen wir die freiwillige Anhängerschaft, die freiwillige Identifikation. Für diese individuelle und gesellschaftliche Vielfalt gilt es, eine formale Ordnungsfrage zu finden, wer sie einerseits garantiert, ohne sie andererseits in bindungs- und verantwortungslose Unverbindlichkeit zu führen. Deshalb sind diesem entscheidenden Merkmal unseres Demokratieverständnisses der Pluralität drei Dinge vorgegeben: einmal Toleranz als Offenheit gegenüber Andersdenkenden und Andersfühlenden, dann ein Freiheitsverständnis, das Freiheit versteht als Alternative, als Wahlmöglichkeit zwischen verschiedenen Alternativen, und schließlich Solidarität als ein Minimalkonsens, als der kleinste gemeinsame Nenner, auf dem demokratische Politik überhaupt erst möglich ist. Nur so kann sich die Demokratie bewähren als ein System freier und offener Konfliktwege. Es gilt, die gesellschaftliche Pluralität zu erhalten und Konzentrationserscheinungen entgegenzuwirken.

Entscheidend wichtig ist hierbei das Verhältnis des Staates zur Gesellschaft. Der Staat ist Ordnungsmacht in der Gesellschaft, er ist der Gesellschaft vorgegeben. Diese Tatsache wird heute vielfach bestritten. Der Staat hat drei wesentliche Aufgaben für die Gesellschaft zu leisten: Einmal muß er Recht und Ordnung in dieser Gesellschaft sichern. Des weiteren hat er den Ausgleich zwischen den verschiedenen Interessengruppen herbeizuführen und den Schutz der Schwachen in der Gesellschaft zu gewährleisten. Diese

drei Funktionen – Ordnungsfunktion, Ausgleichsfunktion und Sozialfunktion – begründen die Autorität des Staates. Er muß der Gesellschaft deshalb vorgegeben sein und kann nicht konstitutiver Teil derselben sein. Deshalb übt der Staat, um diese Aufgabe zu erfüllen, Herrschaft aus. In einem demokratischen Staat ist diese Herrschaft normalerweise dreifach eingegrenzt: Sie ist legitimiert durch Wahlen, sie ist limitiert durch Wahlperioden und kontrolliert durch staatliche und öffentliche Institutionen. In diesem Rahmen kann und soll der Staat legitime Macht ausüben. Wenn gesellschaftliche Institutionen mehr Macht besitzen als der Staat, kann er diese Aufgabe nicht mehr wahrnehmen. Er wird dann zum Erfüllungsgehilfen gesellschaftlicher Institutionen und verliert seine Autorität. Wir müssen die Frage stellen, ob wir nicht heute schon so weit sind, im Hinblick beispielsweise auf Gewerkschaften, Massenmedien und ähnlich dominierende Faktoren unserer Gesellschaft.

Die zukunftsbestimmenden Faktoren

Es gibt in unserer Gesellschaft – abgesehen von aller Politik – eine Reihe von Entwicklungsgesetzen, die unser aller Leben in Zukunft entscheidend mitbestimmen werden, und es gilt, sie gründlich zu analysieren. Auch hier sollen nur einige wenige Beispiele genannt werden, die sich sicherlich beliebig ergänzen lassen.

Als erstes Stichwort sei das der Wissensexplosion erwähnt. Das Wissen unserer Zeit verdoppelt und vervielfacht sich in immer kleineren Zeiträumen. Die Frage ist heute, wer aus dieser Fülle von Informationen auswählt, sichtet, systematisiert und auch archiviert. Was wird an wen weitergegeben? Laufen wir Gefahr, daß nach einer Geburtselite, – später nach einer Geldelite –, in Zukunft vielleicht eine Informationselite existiert? Haben wir sie bereits? Die Möglichkeit, ja die Gefahr der Manipulation ist bereits sehr deutlich! Diese Gefahr muß ein demokratischer Staat sehen und er muß versuchen, sie zu bannen. Das wird sehr prak-

tische Konsequenzen beispielsweise für die Bildungspolitik haben.

Eine weitere Entwicklungstendenz ist mit dem Phänomen der Automation gegeben. Der seit langem währende Prozeß der Automation nimmt immer größere Ausmaße an. Wir befinden uns im Übergang vom mechanischen zum kybernetischen Zeitalter. Die körperliche Arbeit geht mehr und mehr zurück. Im Grunde geht ein jahrtausendealter Traum in Erfüllung, daß der Mensch sich von der körperlichen Arbeit befreit. Wir müssen aber fragen, um welchen Preis: Zivilisationskrankheiten, Herz, Kreislauf, nervlicher Stress, Bewegungsarmut. Heute wird die Bewegung künstlich wiedergeboren durch Trimmgeräte und „Trimm-Dich-Aktionen“, damit wir den körperlichen Anpassungsprozeß wieder auszugleichen versuchen. Durch die zunehmende Zahl und die Verbesserung der Computer wird ein immer größerer Teil der gedanklichen Arbeit abgebaut. Auch diese Tendenz wird Konsequenzen haben, insbesondere für die Organisation unserer Arbeitswelt.

Eine dritte Entwicklungstendenz ist die zu stärkerer Komplexität. Die Wechselwirkungen in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft werden weiter zunehmen. Die Entwicklung geht dabei in Richtung auf Zentralisation und größere Einheiten, die noch schwerer zu durchschauen sein werden, als es bisher schon der Fall ist. Gleichzeitig nehmen Vermassung, Isolation, Kommunikationsverlust, Vereinsamung, Bindungslosigkeit und seelische Verelendung zu. Gerade die junge Generation versteht ihre Umwelt zu einem großen Teil nicht mehr, weil sie diese nicht durchschauen kann. Sie fühlt sich umgeben von einem Dschungel der Anonymität. Es wird darauf ankommen, wie wir in Zukunft das Problem meistern, dem jungen Menschen die Welt verständlich zu machen, in der er leben muß.

Auf der Suche nach neuen Werten

In unser Konzept wäre weiter die Freizeit aufzunehmen. Sie wird weiter wachsen, aber wird sie damit auch sinnvoll gestaltet? Leben wir nicht alle in sogenannten Pre-

stigezwängen? Leben wir nicht in Wohlstandsabhängigkeit? Ein schwedischer Soziologe hat festgestellt, daß der materielle Wohlstand und die zunehmende Freizeit dazu geführt haben, daß sich viele Menschen bereits heute ein eigenes Wohlstandsimperium geschaffen haben und daß sie mit der Hege und Pflege des materiellen Prestigeimperiums so ausgefüllt sind, daß eine sinnvolle Freizeitgestaltung im Sinne von freier Gestaltung der Zeit und Muße kaum noch aufkommt. Welcher Mensch setzt sich noch auf die grüne

Wiese, sieht in den blauen Himmel und betrachtet die weißen Wolken? Über die Fähigkeit der Muße – auch der inneren Regeneration – verfügt heute kaum noch ein Mensch!

Wir werden uns fragen müssen, wie wir es in Zukunft mehr als bisher ermöglichen können, den Bürger freiwillig zu mehr sozialem, politischem, gesellschaftlichem und sportlichem Engagement zu führen.

Als letztes muß darauf hingewiesen werden, daß wir nach Meinung vieler auf dem Wege zu einer Umwertung der Werte sind. Wir werden

uns von der reinen materiellen Wertordnung in Zukunft verabschieden müssen. Mehr oder weniger notgedrungen. Die Studie des Club of Rome hat verdeutlicht, daß wir mit unseren materiellen Reserven in jeder Beziehung haushalten und daß wir zu neuen, dominierenden Werten kommen müssen.

Alle diese Entwicklungen rufen uns auf, nicht das materielle, sondern das ideelle Denken in den Mittelpunkt unseres Daseins zu stellen, weil der Mensch als Schöpfung Gottes der Mittelpunkt ist und bleiben muß!

Der Mitmenschlichkeit eine faire Chance

Helmut Kohl

Das Unbehagen an der zu offensichtlichen Ausrichtung unseres Denkens und Handelns an den Kategorien des materiellen Erfolges und der Nützlichkeit findet in einer Zeit, in der die Krisenzeichen unserer Wohlstandsgesellschaft unübersehbar sind, immer weitere Verbreitung. Nicht allein die Jugend drängt auf eine durchhaltende und gelebte Solidarität.

Der Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, Dr. Helmut Kohl, fordert mit seinem Beitrag die SPD zu einem Ideenwettbewerb um die Förderung des Gedankens des Dienstes am Nächsten auf. In seinem Bemühen, die programmatisch wirkungsvolle und oft benutzte Formel von der Solidarität mit Leben zu füllen, geht der Autor der Frage nach, wo und wie sich mitmenschliche Hilfe entfalten kann.

Für die Christlich-Demokratische Union des Neuanfangs von 1945 und in den späteren Jahren war eines klar: Die Wirtschaft ist ein Teil unseres Lebens, aber nicht mehr. Das mag in unserer Politik nicht immer deutlich genug geworden sein. Dennoch ist diese Grundüberzeugung unveräußerliches Gedankengut der Union geblieben.

Ganz anders die Marxisten: Für sie ist das Ökonomische der Schlüssel für fast alle Probleme. Die einseitig ökonomisch ausgerichtete Kritik des Marxismus ist grundsätzlich und in ihrer konkreten Anwendung auf unsere gesellschaftliche und politische Ordnung falsch. Millionen unserer Bürger stehen mit der Wahrnehmung ihrer

Lebenschancen als Beweis dafür, daß unsere Ordnung kein System der wenigen, sondern eine Ordnung der vielen ist.

Die Fragen der Marxisten sind überholt, ihre Antworten falsch. Wir haben heute andere Probleme. Ihre Bewältigung erfordert unsere ganze Kraft und unser leidenschaftliches Engagement: Ich meine die wachsende Gefahr der Entpersonalisierung und der zwischenmenschlichen Entfremdung. Sie erfordern den sozialen Dienst am Nächsten.

Die Grundwidersprüche von heute lauten:

- Die Menschen leben zwar immer dichter zusammen, aber der persönliche Kontakt der Nachbarschaft schwindet.
- Die Zahl der hilfsbedürftigen, der älteren Menschen wächst, die Zahl der Helfer bleibt klein.
- Die sozialen Aufwendungen steigen immer weiter an, aber immer mehr Menschen fühlen sich isoliert und verlassen, es entstehen immer neue Randgruppen und neue soziale Not.
- Der Wunsch insbesondere vieler junger Menschen nach einer Aufgabe jenseits der auf materielle Leistung ausgerichteten Berufswelt ist ungebrochen; die im sozialen Dienst am Nächsten liegenden Chancen für ein sinnerfülltes Leben bleiben jedoch vielfach ungenutzt.

Diese Grundwidersprüche zu lösen ist eine wichtige Aufgabe un-

serer Politik. Sie entscheidet über einen der zentralen Grundwerte unserer Gesellschaftsordnung: die Solidarität. Solidarität muß praktiziert werden. Solidarität darf nicht zur Leerformel in den Parteiprogrammen werden.

Viele fragen sich: Sind die genannten Widersprüche überhaupt auflösbar, können die sozialen Mängel beseitigt werden? Manche neigen dazu, diese Fragen zu verneinen. Sie haben durchaus Argumente. Ein weit verbreitetes Nützlichkeitsdenken und ein Denken in den Kategorien des materiellen Erfolges sind in der Tat nur schwer mit dem vielfach unentgeltlichen Dienst am Nächsten zu vereinbaren. Das ökonomische Denken ist aber der Motor des wirtschaftlichen Wohlstandes; und auf Wohlstand will niemand verzichten. Ökonomische Überlegungen dürfen dennoch nicht alleine unsere gesellschaftliche Wirklichkeit bestimmen.

Die Union ist der Auffassung, daß in unserer Gesellschaft mehr Mitmenschlichkeit erreicht werden kann. Dazu gehört sicherlich ein neues Verständnis dessen, was weithin noch unter „sozial“ verstanden wird. Nicht die lautstarke Forderung nach dem Opfer der anderen, sondern die Bereitschaft zur eigenen Mithilfe und Mitarbeit muß den öffentlichen Beifall finden. Nicht der Bürger oder die Gruppe, die am besten organisiert ist, sondern wer der Hilfe am meisten bedarf, soll unserer Unterstützung

gewiß sein. Das ist heute vielfach nicht der Fall. Dies wollen wir ändern.

Welche Hilfen muß und kann der Staat geben, damit sich mitmenschliche Hilfe entfalten kann? Es wäre ein Irrtum zu glauben, eine möglichst große Enthaltensamkeit des Staates schaffe erst die Voraussetzungen für die spontane Hilfe. Staatliche Unterstützung fördert die Bereitschaft zum Dienst am Nächsten. Notwendige Voraussetzung für staatliche Maßnahmen ist aber, daß sie auf die Weckung dieser Kräfte und nicht auf deren Ersatz durch bürokratische Verwaltung abzielen. Die Leistungen, die von den freien Trägern, von vielen Frauen und Männern oft unter schwierig-

sten Bedingungen für den Mitmenschen erbracht werden, verdienen unsere tatkräftige Anerkennung. Das soziale Engagement der Kirchen und caritativen Organisationen ist unverzichtbar, sie müssen dabei unterstützt werden.

Immer mehr stellt sich die Frage: Wie kann verhindert werden, daß der Helfende selbst schwerwiegende Nachteile erleidet? Die Gesellschaft darf dem spontan Helfenden nicht ihrerseits die solidarische Hilfe verweigern, wenn er durch seine Hilfeleistung selbst Schaden erleidet. Wenn z. B. die Familie ihrer Verantwortung für ihre Kranken und ihre Alten nachkommt, muß für die soziale Sicherung des Hilfeleistenden gesorgt sein. Das ist

heute vielfach nicht der Fall. Es sollte aber doch eigentlich möglich sein, daß der, der menschlich handelt, dafür nicht auch noch bestraft wird.

Die Mitmenschlichkeit braucht eine faire Chance. Wir wollen und müssen sie ihr geben, weil wir humanes Verhalten in unserer Gesellschaft verwirklicht sehen wollen. Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands wird sich dieser Aufgabe nicht versagen. Die SPD ist aufgefordert, der Grundsatzdiskussion darüber jetzt nicht auszuweichen und in den Ideenwettbewerb um die Förderung des Gedankens des Dienstes am Nächsten einzutreten.

Aus unserer Arbeit

Evangelischer Arbeitskreis der CDU Schleswig-Holstein

Gibt es eine christliche Wirtschaftsethik?

EAK-Jahrestagung in Lübeck: Wirtschaft zwischen Realität und Ideologie

Zur Diskussion über christliche Gesichtspunkte zur Wirtschaft hatte der Evangelische Arbeitskreis Schleswig-Holstein am 13. September zu seiner Jahrestagung ehren- und hauptamtliche Mitarbeiter aus dem Bereich der evangelischen Kirche eingeladen. Es ging um „Freiheit und Grenzen der Sozialen Marktwirtschaft“ – so das Leitmotiv des Referats, das der schleswig-holsteinische Wirtschaftsminister Dr. Jürgen Westphal hielt – und um die vom früheren Generaldekan und jetzigen Beauftragten der Evangelischen Kirche beim Landtag und der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen Albrecht v. Mutius in seinem Referat behandelte Frage „Gibt es eine christliche Wirtschaftsethik?“.

Bei aller verschiedenartigen Akzentsetzung waren sich beide Referenten – und mit ihnen die Teilnehmer – darin einig, daß die soziale Marktwirtschaft von keinem anderen Wirtschaftssystem übertroffen wird, daß aber auch neue Probleme zu ihrer Fortentwicklung Anlaß geben. Minister Westphal sah ein wichtiges Problem darin, das als Triebfeder wirtschaftlichen Handelns anzuerkennende Selbstverwirklichungsstreben einerseits im Interesse des Allgemeinwohls zu mobilisieren, andererseits es aber auch dort, wo es notwendig ist, zu begrenzen. Dies gelte in unserer pluralistischen Gesellschaft nicht nur für das Bestreben einzelner, es gelte ebenso – und das wurde als ein wesentlicher Gesichtspunkt hervorgehoben – für die gesellschaftlichen Gruppen. Wenn es gelinge, dieses Problem zu lösen, dann sei die soziale Marktwirtschaft nicht nur ein System mit unvergleichlich hoher wirtschaftlicher Effizienz, sondern auch mit einem Höchstmaß an sozialer Gerechtigkeit. In deutlicher Abgrenzung von den Vorstellungen der „Neuen Linken“ vertrat Westphal die Ansicht, daß die von unserer Gesellschaftsordnung garantierte und geschützte Freiheit nicht

einer vermeintlich höheren und „gerechteren“ Güterversorgung geopfert werden dürfe. Auch künftig könne auf Wirtschaftswachstum nicht verzichtet werden, aber angesichts der Umweltbelastung und der Verknappung von Rohstoffen müsse der Stellenwert des Wachstums überdacht und auch unter qualitativen Gesichtspunkten gesehen werden.

Kam in dem Referat von Minister Westphal der ethische Gesichtspunkt mehr in indirekter Weise zur Geltung, so wurde er von dem Theologen v. Mutius direkt angesprochen. Seine Grundsatzfrage war: „Wie kann wirtschaftliche Macht und Freiheit in ein rechtes Verhältnis gerückt werden?“ Es ging ihm dabei um die „verantwortliche Wahrnehmung der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel, so daß der Mensch in seiner Freiheit und Mündigkeit nicht zu kurz komme. Auf diese Frage – so v. Mutius – seien das klassische kapitalistische System (das er nicht verwechselt sehen wollte mit der sozialen Marktwirtschaft) und das marxistische System die Antwort schuldig geblieben. Hier sei aber das Gebiet, auf dem die Christen

Unsere Autoren

Kai-Uwe von Hassel, MdB
53 Bonn
Bundeshaus

Prof. Dr. Dr. Hans-Günther Assel
85 Nürnberg
Kettelerstraße 12

Gerd Langguth
53 Bonn
Jagdweg 7

Horst Quarz
4951 Dützen
Lübbecker Straße 21

Dr. Helmut Kohl, MdL
65 Mainz
Staatskanzlei

die ihnen aufgetragene Liebe für den Mitmenschen bewähren müßten. Allerdings gäbe es keine christliche Wirtschaftsethik als eine für alle Zeiten festgelegte Ordnung. Keinem der vorhandenen Wirtschaftssysteme gestand v. Mutius eine besondere Nähe zu christlichen Maßstäben zu, wertete aber die Gedanken der Freiheit, wie sie in der sozialen Marktwirtschaft in Anspruch genommen werden, als aus christlicher Sicht unverzichtbare Grundlagen. Diese nicht nur dem freien Unternehmertum, sondern allen Bürgern dieser Gesellschaft zugute kommen zu lassen, betrachtete v. Mutius als die Aufgabe der Zukunft.

Fragt man nach dem Ertrag dieser Tagung, so lassen sich die folgenden Gesichtspunkte nennen:

Zunächst erwies es sich als durchaus richtig, ein In die Grundsatzzfragen der Wirtschaft greifendes Thema zur Diskussion zu stellen, denn gerade in den Kreisen evangelischer haupt- und ehrenamtlicher kirchlicher Mitarbeiter ist das naive Akzeptieren der sozialen Marktwirtschaft in früheren Jahren heute zunehmend Fragen und Unsicherheit hinsichtlich möglicher Alternativen gewichen. Sich hier der Diskussion zu stellen, ist geradezu eine Notwendigkeit. Sodann wurde deutlich, daß eine Alternative zur sozialen Marktwirtschaft nicht vorhanden ist, wohl aber die Frage nach ihrer weiteren Entwicklung und Verbesserung, sozusagen nach der „Sozialen Marktwirtschaft – zweiter Teil“. Hierin liegt nun zweifellos eine

Chance christlich-demokratischer Politik in der Zukunft. Selbstverständlich konnte die Tagung keine Rezepte bieten. Manche Positionen werden vermutlich weiterer Hinterfragung nicht standhalten. So wird man wohl – mit einem Seitenblick auf die Erfahrung – fragen müssen, ob es stimmt, daß kein Wirtschaftssystem eine besondere Nähe zum Christentum hat, denn immerhin läßt sich feststellen, in welchen Kulturkreisen, unter welchen Wertsystemen und unter welchen Vorstellungen von Wesen und Würde des Menschen jeweils Wirtschaft gestaltet und verantwortet worden ist. Die Lübecker Tagung hat ein Thema angerissen, das noch lange nicht ausdiskutiert ist.

Gottfried Mehnert

Dr. Alfred Gramsch zum 80. Geburtstag

Der Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU-Oldenburg, Dr. phil. Alfred Gramsch, vollendet in seiner Wahlheimat, 29 Oldenburg, Philosophenweg 32, am 26. Oktober sein 80. Lebensjahr.

Wer den Lebensweg von Alfred Gramsch in den letzten Jahren im Bereich der CDU begleitete, den verwundert es nicht, daß auch und gerade aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU seines Geburtstages besonders gedacht wird.

Der politische Weg begann für ihn 1945; als Mann der ersten Stunde wirkte er an der Seite von Hermann Ehlers, um zusammen mit ihm, dem damaligen Oberkirchenrat in Oldenburg, für die Union in den

protestantischen Bereich hineinzuwirken. Das freundschaftliche Verhältnis beider Männer blieb auch dann bestehen, nachdem Ehlers von Bonn aus politisch wirkte. Als Alfred Gramsch 1954 seinen 60. Geburtstag feierte, war es Hermann Ehlers, der mit einer literarischen Arbeit die besondere Leistung von Alfred Gramsch würdigte. Dem Evangelischen Arbeitskreis steht Alfred Gramsch seit 1954 in Oldenburg vor. Seine Tätigkeit in diesem Arbeitsbereich verdient besondere Anerkennung. Neben der politischen Aufgabenstellung fühlt er sich, nicht zuletzt aufgrund seines Studiums und seiner früheren Tätigkeit im Höheren Schuldienst, der jungen Generation seit eh und je verpflichtet. So sah er im Deutschen

Germanistenverband als Vorsitzender der Fachgruppe der Deutschlehrer sowie als stellvertretender Vorsitzender des Gesamtverbandes ein besonderes Aufgabenfeld. Darüber hinaus gehörte er von 1959 bis 1967 als Mitglied dem Niedersächsischen Landtag an und galt als Experte für Fragen der Schul- und Kulturpolitik.

Ein großer Kreis von Freunden wird Alfred Gramsch am 26. Oktober gratulieren, einem Mann, der in seinem ganzen Leben die für sein Tun nötige Kraft und Orientierung aus seinem tief verwurzelten Glauben heraus schöpfte.

Wir wünschen ihm für sein neues Lebensjahrzehnt Gesundheit, Kraft und Gottes Segen.

Die diesjährige Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU findet vom 6. bis 8. Dezember 1974 unter dem Leitthema „Zukunft und Hoffnung“ in Mainz statt.